

Libérale Alternativen für die Krise der Demokratie. Der Nationalökonom Moritz Julius Bonn als politischer Denker im Zeitalter der Weltkriege

Die Welt des Kalten Krieges hat lange Zeit die Wahrnehmung befördert, im Jahr 1945 die markanteste Epochenzäsur des vergangenen Jahrhunderts zu sehen. Dafür gibt es nach wie vor gute Gründe, auch wenn man weder einer Legende der Stunde Null für das besiegte Deutschland noch einem kompletten Paradigmenwechsel der internationalen Beziehungen, die von nun an einer Logik der Blockkonfrontation gehorchen sollten, das Wort reden muss. Die Zeitgenossen hatten als Überlebende eines Weltenbrands die Hoffnung auf einen Neubeginn. Das Zeitalter der Weltkriege, später von Eric Hobsbawm zur schauerlichen Hälfte eines „Age of Extremes“ erkoren, war an ein Ende gelangt, nachdem die 200 Tage zwischen der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 und der Kapitulation Japans die Destruktivität und Gewalt der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges bis dato ungekannte Ausmaße offenbart hatten.¹

Auch das Okular der Ideengeschichte muss den Epocheneinschnitt des Jahres 1945 aus unterschiedlichen Blickwinkeln fixieren. Zum einen gelangte in der Tat die kurze, aber verheerende Folgen zeitigende Hochzeit des Faschismus und des Nationalsozialismus an ein abruptes Ende. Die liberale Demokratie, die in der Zwischenkriegszeit ideell erledigt und dem Angriff der radikalen Massenbewegungen links und rechts fast wehrlos ausgeliefert schien, kehrte mit dem Sieg der Alliierten nach Westeuropa und in Teile Mitteleuropas zurück. Sie war ideologisch gesehen die eigentliche Kriegsgewinnerin. Unter der Ägide der Vereinigten Staaten setzten sich der Liberalismus und die Idee der repräsentativen Demokratie erneut durch. Beides galt noch in den 1920/30er Jahren als Relikt des abgelebten bürgerlichen Jahrhunderts, während die Ideologien einer alternativen Moderne mit ihren kollektivistischen Gesellschaftsbildern und Vorstellungen vom neuen Menschen zu reüssieren begannen. Nun hatte nicht nur militärisch, sondern normativ, politisch und ökonomisch die liberale Demokratie zumindest in der westlichen Hemisphäre den Sieg davon getragen und damit die dringend benötigten Legitimations-

1 Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): 200 Tage und 1 Jahrhundert. Gewalt und Destruktivität im Spiegel des Jahres 1945. Hamburg 1995.

gründe geltend gemacht. Es ist nicht in Abrede zu stellen, dass ohne die Interventionsbereitschaft der USA eine verjüngte Wiederkehr von parlamentarischer Demokratie, leistungsfähiger kapitalistischer Wirtschaft und liberalen Werten schwer vorstellbar geblieben wäre. Gleichwohl erschließen sich dem Betrachter Analogien und ideelle Kontinuitäten zwischen den beiden Nachkriegszeiten – 1918 und 1945 –, die zumindest nahelegen, dass es sich nicht lediglich um einen US-amerikanischen Ideologietransfer oder einen Re-Import exilierten Gedankenguts handelte, sondern dass vor allem in Deutschland auch an die demokratischen und republikanischen Erfahrungen der 1920er Jahre angeknüpft wurde. Zwar lebte die junge Bundesrepublik unter der Beschwörungsformel „Bonn ist nicht Weimar“ (Fritz René Allemann), und der „Weimar-Komplex“ (Sebastian Ullrich) blieb in erster Linie eine Negativfolie, vor der sich die Bundesrepublik im Zuge ihrer Konsolidierung positiv abzuheben gedachte.² Aber die Weimarer Republik und das mit ihr verbundene demokratische Experiment wären einseitig verstanden, wenn man es nur aus der Perspektive des Scheiterns betrachten würde. Umgekehrt lässt sich argumentieren: „Weimars lange Schatten“ waren keineswegs nur als Bürde zu verstehen. Ohne die Einsichten, die Lernprozesse und die praktischen politischen Errungenschaften der ersten deutschen Republik hätte es weder Anknüpfungspunkte noch Überlebenschancen für die Verfassungsordnung des Grundgesetzes und für eine Stabilisierung der westdeutschen Demokratie insgesamt gegeben.

Im Sinne einer geschichtspolitischen Deutung gehörte die Berufung auf das Schicksal der Weimarer Republik nach 1945 zum festen Argumentationsreservoir für jede intellektuelle Debatte. Ob es um die vieldiskutierten Verfassungsmängel (Stellung des Reichspräsidenten, Schwäche des Parlaments, Fehlen eines konstruktiven Misstrauensvotums, von Preußen dominierter Föderalismus etc.), das Eigenleben der Reichswehr, die starken sozialen Spannungen, die republikfeindliche Rolle von Justiz und Beamtenschaft, die politische Dominanz der Großindustrie u.v.m. ging – stets war man bemüht, aus den vermeintlichen Ursachen des Untergangs, aus der „Selbstpreisgabe einer Demokratie“ zu lernen.³ Nicht selten hat man dabei die „Geburtsfehler“ der Republik dramatisiert und eine gewisse Zwangsläufigkeit der Entwicklung unterstellt, anstatt sich die prinzipielle Offenheit der historischen Entwicklung zu vergegenwärtigen. Denn ohne die Weltwirtschaftskrise hätte es durchaus Chancen auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung des demokratischen Sozialstaats gegeben, und sogar die Anbahnung der Machtübertragung an Hitler war kaum zwingend, hatten doch schon Zeitgenossen das Gefühl, dass die NSDAP ihren

2 Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2009.

3 Siehe Karl Dietrich Erdmann/Hagen Schulze (Hrsg.): Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Düsseldorf 1984.

Zenit überschritten hätte. Eine solche Einsicht in die Kontingenz geschichtlicher Prozesse soll die Frage nach den vielfältigen Gründen für die Abkehr einer modernen komplexen Gesellschaft vom Rechtsstaat, von der Demokratie und von einer politischen Kultur der Zivilität keineswegs aushebeln.⁴ Wenn man allerdings – anknüpfend an Detlev Peukerts Vorschlag, Weimar als ein Laboratorium in den Krisenjahren der klassischen Moderne zu begreifen⁵ – die Modernisierungsphänomene, die konstruktiven gesellschaftspolitischen Ansätze und die vollzogenen Liberalisierungsschritte in den Blick bekommen will, dann sollte man auch einen Sinn für die alternativen Diskurse im Lager der – zeitweiligen – Verlierer der Geschichte entwickeln. Für das Staatsrecht, die politische Theorie, die Ökonomie oder auch die Soziologie gilt: Wohl niemals zuvor hatte es so vielfältige, intensive und experimentierfreudige Debatten um die Zukunft der Gesellschaft gegeben. Von diesem Potential zehrte auch die zweite Nachkriegszeit, als man viele Probleme, Themen und offene Fragen wieder aufnehmen konnte, und diese Debatten wurden teilweise sogar von denselben Personen revitalisiert und weitergeführt, freilich vor einem neuen Erfahrungshintergrund.

Libérale Krisenreflexion

Diese Kontinuität galt auch und besonders für die intensive Diskussion um die soziale Demokratie und die Ausgestaltung eines modernen Rechtsstaats.⁶ Das Wissen um die demokratische Selbstgefährdung eines in sich tief gespaltenen Gemeinwesens und um die Reformbedürftigkeit eines Liberalismus, der sich auf die Bedingungen einer industriellen Massengesellschaft einzustellen hatte, ließ den sozialliberalen Gedanken, der Markt und Wohlfahrt zu verbinden strebte, zu einer Leitidee der Zwischenkriegszeit werden. Die Suche nach „dritten Wegen“, nach einer sozialverträglichen Abfederung der kapitalistischen Wirtschaftsweise prägte eine ganze Intellektuellengeneration, die sich einem progressiven Sozialliberalismus zuordnete. Dabei lässt sich auch an den Denkern liberaldemokratischer Provenienz beobachten, dass sie die Idee des Sozialen weitgehend vorurteilsfrei inkorporierten und bereit waren, die Basis-

4 Vgl. zum Problem der Verortung des Jahres 1933 in der deutschen Geschichte immer noch den mittlerweile klassischen Aufsatz von Thomas Nipperdey: 1933 und die Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: HZ 227 (1978), S. 86-111.

5 Detlev J.K. Peukert: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne. Frankfurt/M. 1987.

6 Siehe dazu Christoph Gusy (Hrsg.): Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000; ders. (Hrsg.): Weimars lange Schatten – Weimar als Argument nach 1945. Baden-Baden 2003; Kathrin Groh: Demokratische Staatsrechtslehrer in der Weimarer Republik. Von der konstitutionellen Staatslehre zur Theorie des modernen demokratischen Verfassungsstaats. Tübingen 2010.

kompromisse der Weimarer Reichsverfassung auszugestalten. Ein geistiges Zentrum des modernisierungsbereiten Liberalismus war im Umkreis des Nationalökonomen Lujo Brentano zu orten.⁷ Dieser Variante des Sozialliberalismus, der sich vom Kathedersozialismus des Kaiserreichs zu befreien suchte und die Impulse des englischen New Liberalism aufnahm, war daran gelegen, die vermeintliche Deckungsgleichheit von Liberalismus und Kapitalismus aufzuheben. Heinrich Herkner beispielsweise, einer der Brentano nahestehenden liberalen Nationalökonomen und Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, appellierte an das aufklärerische Erbe und setzte sich für eine soziale Erweiterung des Liberalismus ein: „Die Politik muß humanisiert und ethisiert werden, [sie muss] die Anerkennung der Menschenwürde nach innen und die gegenseitige Rücksicht auf Lebensnotwendigkeiten nach außen in sich aufnehmen können.“⁸

Humanisierung, Ethisierung, Anerkennung der Menschenwürde, Rücksicht auf Lebensnotwendigkeiten – dies waren weitläufige und anspruchsvolle Programmpunkte, die über die gängige Vorstellung eines auf Erwerbsstreben und Bildungsbürgerlichkeit fixierten Liberalismus hinausreichten. Anders als die intensiven Demokratisierungs- und Liberalisierungsdebatten in der Schlussphase des Kaiserreichs hätten vermuten lassen,⁹ waren die lange Zeit mit dem Modernisierungspostulat einhergehenden Forderungen nach Gewaltenteilung, parlamentarischer Verantwortlichkeit, demokratischer Legitimation und Rationalisierung von transparenten Verwaltungsprozessen just in dem Augenblick keine Motivationsressourcen mehr, als ihre Durchsetzung greifbar wurde. So hatte der Liberalismus, zu dessen elementarer Grundausstattung Vernunft, Rationalität und Verantwortlichkeit zählten, besonders schwer unter den psychosozialen Folgekosten des Ersten Weltkrieges zu leiden. Einer, der dies sehr genau wusste und zeitlebens ein Verfechter des liberalen Anliegens blieb, war der heute zu Unrecht in Vergessenheit geratene Nationalökonom Moritz

7 Brentanos Bedeutung würdigt jetzt Detlef Lehnert: Lujo Brentano als politisch ökonomischer Klassiker des modernen Sozialliberalismus. In: Ders. (Hrsg.): Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wien/Köln/Weimar 2012, S. 111-134.

8 Heinrich Herkner: Sozialpolitischer Liberalismus. In: Moritz Julius Bonn/Melchior Palyi (Hrsg.): Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Neunundzwanzig Beiträge über den Stand der deutschen und ausländischen sozialökonomischen Forschung nach dem Kriege. Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag. München/Leipzig 1925, Bd. 1, S. 31-52, hier S. 42.

9 Vgl. dazu Marcus Llanque: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg. Berlin 2000.

Julius Bonn.¹⁰ Er enthüllte die Irrationalität einer ungerechtfertigten Verantwortungszuschreibung, die den Liberalismus traf und die ihn nicht nur als Ideologie des 19. Jahrhunderts verunglimpfte, sondern ihn gleichzeitig für die Malaise der Gegenwart zur Rechenschaft zog, obgleich in Deutschland bis 1918 noch gar nicht die Rede von parlamentarischer und demokratischer Politik sein konnte. Bonn beschrieb den psychischen Mechanismus folgendermaßen: „Wer an der Macht war, ist verantwortlich, und weil er verantwortlich war, muß er gehen. Und wenn diejenigen, die an seine Stelle treten, das Unheil nicht sofort wieder ungeschehen machen, so wird ihnen eine doppelte Verantwortung aufgebürdet: die Verantwortung für den Eintritt in die Katastrophe und die Verantwortung für ihre Wirkungen. Wo die Demokratie das Erbe des Weltkrieges angetreten hat, wird sie mit der Verantwortung für seine Folgen belastet.“¹¹

Moritz Julius Bonn: Eine Stimme der liberalen Vernunft in der Weimarer Republik

Moritz Julius Bonn scheute diese Verantwortung trotz aller Ungunst der Umstände nicht, wie sein intellektuelles und politisches Engagement in der Weimarer Demokratie bewies. Er gehörte zu den Mitbegründern der DDP und stellte seine Expertise als Wirtschaftswissenschaftler und Finanzexperte den Regierungen der Republik zur Verfügung. Der Nachkomme einer bekannten jüdischen Bankiersfamilie aus Frankfurt war nicht nur Mitglied der deutschen Delegation, die zur Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Versailles entsandt wurde, sondern nahm an zahlreichen Reparations- und Weltwirtschaftskonferenzen der 1920/30er Jahre teil. Bonn agierte als überaus gefragter Politikberater, dessen abgewogene Meinung von den Reichskanzlern (die er bis auf Schleicher alle persönlich kannte), dem Auswärtigen Amt, den Finanz- und Wirtschaftsministerien gehört wurde und dessen Referenden und Denkschriften in der Ministerialbürokratie Wirkung entfalteten. Er verkehrte mit allen, die in der Berliner Politik Rang und Namen hatten, mit Protagonisten wie Matthias Erzberger, Walther Rathenau, Joseph Wirth, Gustav Stresemann, Heinrich Brüning, Hans Luther, Hjalmar Schacht, um nur die wichtigsten zu

10 Zu Werk und Bedeutung von Moritz Julius Bonn vgl. Patricia Clavin: A ‚Wandering Scholar‘ in Britain and the USA 1933-1945. The Life and Work of Moritz Bonn. In: Anthony Grenville (Hrsg.): Refugees from the Third Reich in Britain. Amsterdam/New York 2003, S. 27-42; Jens Hacke: Moritz Julius Bonn – ein vergessener Verteidiger der Vernunft. Zum Liberalismus in der Krise der Zwischenkriegszeit. In: Mittelweg 36, 17. Jg. (2010), Heft 6, S. 26-59, sowie ders.: Ein vergessenes Erbe des deutschen Liberalismus. Über Moritz Julius Bonn. In: Merkur 65 (2011), S. 1077-1082.

11 Moritz Julius Bonn: Die Krisis der europäischen Demokratie. München 1925, S. 139 f.

nennen. Daneben entfaltete er eine weit gespannte publizistische Tätigkeit. Er schrieb Leitartikel für die großen liberalen Tageszeitungen, galt als versierter Amerikaexperte und veröffentlichte mehrere Bücher über die Politik, Wirtschaft und Kultur der USA, deren gehaltvolle Zeitdiagnostik in Übersetzungen auch eine amerikanische Leserschaft erreichte.¹² Der englische Politikwissenschaftler und Sozialist Harold Laski lobte Bonns Buch „Prosperity“ als „the wisest book on America that has been published in many years“, und fügte hinzu: „No one since Tocqueville has written with greater insight“.¹³ Bonn zählte zu den profilierten Autoren des S. Fischer-Verlages und der dort herausgegebenen Monatsschrift „Neue Rundschau“, die das Forum für den liberalen Geist der Weimarer Zeit bot. Als Ökonom und hellwacher politischer Kopf genoss er internationales Renommee. Seine Publikationen wurden in England und in den USA diskutiert, wo er regelmäßig als Gastprofessor an bedeutenden Universitäten wirkte, aber auch ins übrige Westeuropa erstreckten sich seine Kontakte, wie die zahlreichen Übersetzungen ins Spanische und Französische belegen. Als er sich im April 1933 zum Rücktritt vom Amt des Direktors der Berliner Handelshochschule gezwungen sah, meldete die „New York Times“ seine Emigration in einem Atemzuge mit derjenigen Albert Einsteins und Hans Kelsens.¹⁴

Über die Bedeutung von Moritz Julius Bonn bleibt im Verlauf dieser Abhandlung noch Einiges zu sagen. Nicht zuletzt gibt die Lektüre seiner sehr lesenswerten, kurzweiligen und zeithistorisch ungemein erhellenden Memoiren, die er selbst nach dem Zweiten Weltkrieg verfasste, einen guten Eindruck dieses außergewöhnlichen kosmopolitischen Liberalen.¹⁵ Aber es soll im Folgenden weniger darum gehen, eine wie auch immer gerechtfertigte persönliche Würdigung vorzunehmen oder Hagiographie zu betreiben, sondern im Blick auf die Themen und Zeitfragen, die Bonn bewegten, einige Kontinuitätslinien von der Zwischenkriegszeit bis in die Ära des Kalten Krieges zu konturieren. Die Beschäftigung mit dem liberalen Intellektuellen Moritz Julius Bonn ist dabei aus mehreren Gründen aufschlussreich und eröffnet die Möglichkeiten, gewohnte Herangehensweisen zum liberalen Denken im 20. Jahrhundert, besonders in Deutschland, in Frage zu stellen und um neue Perspektiven zu bereichern.

12 Moritz Julius Bonn: *Amerika und sein Problem*. München 1925; ders.: *Geld und Geist. Vom Wesen und Werden der amerikanischen Welt*. Berlin 1927; ders.: *Die Kultur der Vereinigten Staaten von Amerika*. Berlin 1930; ders.: *Prosperity. Wunderglaube und Wirklichkeit im amerikanischen Wirtschaftsleben*. Berlin 1931.

13 Harold Laski: *America in Perspective*. In: *The New Statesman and Nation*, 26 December 1931, S. 817.

14 Siehe *New York Times*, 16. April 1933, S. 1.

15 Moritz Julius Bonn: *Wandering Scholar*. London 1949, sowie die leicht veränderte deutsche Ausgabe: Ders.: *So macht man Geschichte? Bilanz eines Lebens*. München 1953.

Erstens kann die Karriere des erfolgreichen Wissenschaftlers, Publizisten, Politikberaters und angesehenen Hochschuldirektors dazu anregen, die politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert nicht allein von der parteipolitischen Warte oder im Hinblick auf große Denker und Texte, sondern aus bestimmten Kontexten und intellektuellen Aktionsradien zu begreifen. Es bleibt bemerkenswert, dass trotz aller Konjunktur der Cambridge School immer noch die Konzentration auf einzelne Intellektuelle als Repräsentanten eines bestimmten Denkstils überwiegt. Im Fall des deutschen Liberalismus scheint dies – mangels namhafter Alternativen – weiterhin zu bedeuten, den bekanntlich bereits 1920 verstorbenen Max Weber als repräsentativen Liberalen der Zwischenkriegszeit vorzustellen. Der englische Politikwissenschaftler Richard Bellamy beispielsweise sieht in Weber („a committed liberal“) die Zentralgestalt des Weimarer Liberalismus, und auch Jan-Werner Müller vertritt diese Auffassung im Rahmen seiner politischen Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert.¹⁶ Bei allem Einfluss, den Weber auf die Debatte um Parlamentarisierung und Demokratisierung im Kaiserreich gehabt hat,¹⁷ führt diese Sicht doch zu einer Verzerrung, denn die Streitthemen und der Modernisierungsbedarf in der Weimarer Republik gingen weit über Webers Erfahrungswelt hinaus. Eine andere irreleitende Tendenz, wenn es um Personalisierung geht, besteht darin, den Typus des Vernunftrepublikaners als häufigste Schwundform des Liberalen herauszustellen. Die berühmten Beispiele Friedrich Meinecke, Thomas Mann oder gar Gustav Stresemann dienen dann zur Illustration einer politischen Haltung, die sich nur widerwillig von der Monarchie löste und sich allenfalls „halbherzig“ – eben aus realpolitischen Vernunftgründen – auf die Republik einließ.¹⁸ Diese Sichtweisen liefern sicherlich weiterhin wichtige und hilfreiche Erklärungen für verbreitete Denkstile, die mit dem Sonderweg des deutschen Liberalismus eng verbunden sind. Sie legen uns aber auf eine einseitige Krisengeschichte des Liberalismus fest, dessen Denkbewegung dann nur noch als Rückzugsgefecht verstanden werden kann. Der Blick auf Moritz Julius Bonn und einige andere, oft sozialliberal orientierte Intellektuelle hilft uns, ein Sensorium für die Zukunftszugewandtheit, die Reformenergie und die Modernisierungsziele der damaligen Debatte zu entwickeln.

Zweitens gehört es zum Wesenskern liberalen politischen Denkens, dass die Artikulation seiner Standpunkte, die auf Vernunft, Mäßigung und Common

16 Richard Bellamy: *Liberalism and Modern Society. A Historical Argument*. Pennsylvania 1992, S. 165-216; Jan-Werner Müller: *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth Century Europe*. New Haven/London 2011, S. 40-46.

17 Vor allem natürlich durch seine zuerst in der Frankfurter Zeitung veröffentlichte politische Diagnose des Kaiserreiches – siehe Max Weber: *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens* (1918). In: Ders.: *Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918*. Tübingen 1988, S. 421-596.

18 Vgl. insgesamt Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.): *Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft*. Stuttgart 2008.

sense abheben, intellektuell und semantisch weniger innovativ erschienen als die Theoriesprache ihrer extremistischen Counterparts links und rechts. Steven Aschheim hat in seiner Analyse der anhaltenden intellektuellen Faszination liberalismuskritischer jüdischer Intellektueller wie Theodor Adorno, Hannah Arendt, Walter Benjamin, Franz Rosenzweig, Gershom Sholem oder Leo Strauss eine interessante Frage gestellt, die ebenso für die nachhaltige Ausstrahlung konservativ-revolutionärer Denker gilt: „Why do we elevate as icons thinkers that seem so critical of – or at best, indifferent to – liberalism in an intellectual and academic culture that in many ways conceives to be essentially a liberal one?“ Aschheims Antwort, die er durch die Kontrastierung der oben Genannten mit ihrem liberalen Generationsgenossen Isaiah Berlin plausibilisiert, hat Verallgemeinerungspotential: „We respond warmly to Berlin’s work because it is both decent and comforting. Ultimately one does not read him to be challenged and perplexed but to be reassured. [...] Berlin reinforces and confirms; our thinkers ruffle, perplex, and often outrage. If there is little that is ‘straight and simple, pure and firm’ in their world, this is perhaps why they often are both more interesting – and speculatively, and perhaps politically, awry.“¹⁹ Mit dieser Beobachtung erklärt Aschheim die intellektuelle Faszination eines Denkens, das sich den politischen Forderungen des Tages entzog und in vielen Fällen erst angesichts von Verfolgung und Exil zur Politik fand, mit beeindruckend individuellem und originellem Begründungsaufwand. Die Attraktion, die im Nachvollzug dieser aufwändigen Denkwege liegt, sollte aber nicht zur Geringschätzung eines Common-sense-Liberalismus führen, der seine Motive klar und nachvollziehbar offenlegte. Die Rezeption des liberalen Denkens scheint bisweilen unter einer solchen unhistorischen Sichtweise zu leiden, die der überzeitlichen Geltung liberaler Grundhaltungen zum Nachteil gereicht: Positionen und Begriffe, die sich heute immer noch vernünftig anhören und damit wenig spektakulär von gegenwärtigen gesellschaftlichen Vorstellungen differieren, erhalten weniger Aufmerksamkeit. Es wird eher die Schwäche und vermeintliche Hilflosigkeit von damals unterlegenen Auffassungen erklärt als die inhaltliche Debatte weitergeführt.

Drittens hat der Fokus auf das Scheitern der parlamentarischen Demokratie, zu einer gewissen Einseitigkeit neigend, implizit die Krisenlösungskompetenz in den Jahren 1930-33 zum Kriterium einer Bewertung politischer Vorstellungen gemacht. Zwar dürfte in der Geschichtswissenschaft weitgehend Einigkeit darüber herrschen, dass die Suche nach einem Patentrezept zur gleichzeitigen Überwindung der ökonomischen, der sozialen und der politischen Krise auch retrospektiv unrealistisch ist und dass ein ganzes Ursachenbündel kombiniert mit kontingenten, unvorhersehbaren Entwicklungen zum Untergang der Wei-

19 Steven Aschheim: *Beyond the Border. The German-Jewish Legacy Abroad*. Princeton/Oxford 2004, S. 113, 116.

marer Republik geführt hat. Nichtsdestotrotz setzt sich erst langsam die Tendenz durch, das politische Denken der Weimarer Jahre nicht lediglich vom Ausnahmezustand, sondern von der Reflexion über Normallagen her zu rekonstruieren.²⁰ Dazu gehört auch, die Verantwortung der Intellektuellen für politische Prozesse nicht künstlich zu übertreiben, sondern sie eher als Signifikanten für bestimmte Denkweisen denn als Initiatoren von politischen Handlungen zu verstehen.

Viertens schließlich ist ein neues Interesse an den Konfliktlagen der Zwischenkriegszeit auch deshalb zu verzeichnen, weil sie gemessen an den Problemen unserer eigenen Gegenwart neue Aktualität gewonnen haben: die Schwierigkeit massendemokratischer Deliberation, die Integration und Stabilisierung von komplexen und in sozialen Konflikten befindlichen Gesellschaften, die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus, die notwendige Überwindung souveräner einzelstaatlicher Entscheidungen zugunsten internationaler Kooperationsmodi in einer multipolaren Welt, die Organisation und Finanzierung von Wohlfahrtsstaatlichkeit – um nur einige Themenfelder zu nennen, die die politische Agenda der 1920/30er Jahre praktisch und theoretisch bestimmten.²¹ Oder, um es etwas plakativer zu formulieren: In der Phase „nach dem Boom“ angesichts vielfältiger Finanz- und Globalisierungskrisen hat sich unsere Haltung zum Kapitalismus verändert, und die Rezepte des Neoliberalismus finden zunehmend weniger Anklang.²² Im 21. Jahrhundert beginnt man sich wieder für „dritte Wege“ und Einhegungen des Kapitalismus zu interessieren.

Moritz Julius Bonn hatte – wie viele seiner Kollegen in der Nationalökonomie²³ – keine Patentlösung für die sich gleichzeitig verschärfenden und überschneidenden Krisenlagen der Zwischenkriegszeit. Sein analytischer Blick, seine multiperspektivische Herangehensweise und seine ironisch grundierte Fähigkeit zur Distanz stechen jedoch aus den ideologisch geführten Debatten der Zeit hervor. Seine zeitkritischen Arbeiten führen ökonomische, politikwissenschaftliche, soziologische und staatsrechtliche Diskurse zusammen

20 Vgl. zu diesem Ansatz auch Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters. Frankfurt a. M. 2005; Rüdiger Graf: Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignung in Deutschland 1918-1933. München 2008.

21 Siehe dazu die knappe Skizze, die ich mit meinem Kollegen Tim B. Müller entworfen habe: Jens Hacke/Tim B. Müller: Zwischenkriegszeit. Zur Grundlegung der Gegenwart. In: Mittelweg 36, 21. Jg., 2012, Heft 6, S. 3-4, sowie neuerdings die gedankenreiche Studie von Tim B. Müller: Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien. Hamburg 2014.

22 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2008.

23 Zu den fehlenden Krisenrezepten in der Nationalökonomie siehe Roman Köster: Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik. Göttingen 2011.

und halten am Primat der abwägenden vorurteilsfreien Vernunft fest. Denkstil und Temperament lassen einen modernen Intellektuellen erkennen, der ungeachtet des ihn umgebenden Irrationalismus seinen Überzeugungen und Werthaltungen treu blieb. Allerdings wusste er um die Begrenztheit rationaler Argumentation in einer von Ressentiments beherrschten Zeit: „Das Gefährliche solcher Gedankengänge, wie etwa die der deutschen Nationalsozialisten, ist nicht etwa, daß sie unrichtig sind und mit richtigen Argumenten widerlegt werden müssen, sondern daß sie Empfindungen entstammen, die nicht in der Ebene des Denkens, sondern in der des Fühlens gewachsen sind. Die große Gefahr der gegenwärtigen Krise liegt eben darin, daß sie zum guten Teil eine Empfindungskrise und keine Gedankenkrise ist. Denn Gedanken kann man mit Gedanken bekämpfen; Empfindungen aber nur mit veränderten Tatsachen.“²⁴

Diese Aussage hat einige wichtige Implikationen, die uns auch über das Selbstverständnis der Zeitgenossen aufklären. Liberale Intellektuelle wie Bonn standen keineswegs ratlos inmitten der Krise, die dem großen Crash folgte, sondern arbeiteten an der politischen Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Es handelte sich eben nicht um eine „Gedankenkrise“, sondern verschiedene Rezepte lagen eigentlich bereit, und Besserung war in Sicht. Das größte Problem bestand darin, dass rationale Lösungen in einer Atmosphäre aufgeheizter ideologischer Kämpfe kein Gehör fanden. Die Gegner der repräsentativen Demokratie schürten und nutzten antiliberalen Stimmungen und hatten in Bonns Worten eine „Empfindungskrise“ ausgelöst, die die Demokratie selbst gefährdete. Bonn hoffte allerdings bis zuletzt auf eine Chance zur Überwindung der ökonomischen, sozialen und politischen Krise. Der Vergleich mit den Demokratien des Westens machte ihm aber auch deutlich, dass die Weimarer Republik gerade deshalb so besonders fragil war, weil ihr eine politische Kultur des Konflikts und der bürgerlichen Selbstverantwortung fehlte.

Krise mit Alternativen

Auch wenn die Epoche der Zwischenkriegszeit mit guten Gründen von der Schlagseite der alles überwölbenden Krisenempfindung bewahrt werden sollte, lässt sich die Omnipräsenz dieses Zeitgefühls kaum verleugnen. Sogar ein kühler und pragmatischer Denker wie Moritz Julius Bonn bediente sich in den 1920/30er Jahren permanent des Krisenbegriffs, der zur Verschleißvokabel von ungezählten Aufsätzen wurde, einerlei ob er die Zustände in Deutschland, in England, in Amerika oder in der Weltwirtschaft beschrieb. Dennoch ist darin weniger ein Zeichen für Fatalismus als vielmehr die Hoffnung auf die Über-

24 Moritz Julius Bonn: Sinn und Bedeutung der amerikanischen Krise. In: Die Neue Rundschau 42 (1931), S. 145-159, hier S. 153.

windung sich überschneidender krisenhafter Beschleunigungsphänomene zu erkennen.²⁵ Aus der Logik liberaldemokratischer Verfassungs- und Politikkonzeptionen, denen stets ein dynamisches Moment innewohnt und denen das Merkmal ständigen Wandels eingeschrieben ist, verbot es sich, eine „Krise ohne Alternative“ anzunehmen und deswegen entweder zu resignieren oder einen revolutionären Bruch mit dem bestehenden System zu riskieren.²⁶ Die Alternativen, die Bonn aufzeigt, werden in der Logik liberaler Selbstverbesserung entwickelt. Er bleibt einerseits von einem Fortschrittsverständnis geprägt, das sich auf Evolution und technisch verbesserte Problemlösung verlässt, im Modus eines diskursiven Aushandlungsprozesses. Andererseits hält dieser Liberalismus gleichermaßen an der zivilisatorischen Funktion von parlamentarisch-demokratischer Praxis, Bildungsanstrengungen und sozialem Ausgleich fest. Bonns politischer und theoretischer Standpunkt ist gekennzeichnet durch einen normativen Kern, der sich in einfachen Grundsätzen benennen lässt, aber dessen praktische Anwendung anspruchsvoll bleibt: friedlicher Austrag von Konflikten, Wahrung größtmöglicher individueller Freiheit, Toleranz und Pluralismus, Schutz von Minderheiten, kooperative Verantwortlichkeit, Gewaltenteilung, Kompromissfähigkeit. Wie Bonn diese urliberalen Überzeugungen in einzelnen Politikfeldern zur Geltung brachte und inwiefern seine Haltung von der Zwischenkriegszeit bis die Ära des Kalten Krieges relevant blieb, soll anhand der folgenden Politikfelder diskutiert werden: a) internationale Beziehungen und totalitäre Bedrohung, b) Ökonomie und Politik, c) parlamentarische Demokratie und politische Kultur.

a) Internationale Beziehungen und totalitäre Bedrohung

Das ungewöhnliche intellektuelle Profil von Moritz Julius Bonn wird im Blick auf seine diversen Fach- und Forschungsgebiete, die eine internationale und kosmopolitische Ausrichtung unterstreichen, besonders deutlich. Nach der Dissertation über spanische Währungspolitik im 16. Jahrhundert, habilitierte er sich über die englische Kolonisation Irlands,²⁷ in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg avancierte er zu einem Experten (und scharfen Kritiker) der europäischen respektive deutschen Kolonialpolitik. Seine kulturelle Verbundenheit

25 Vgl. zum Krisenbegriff insgesamt Rudolf Vierhaus: Zum Problem historischer Krisen. In: Karl-Georg Faber/ Christian Meier (Hrsg.): Historische Prozesse. München 1978, S. 313-329.

26 Das Interpretament einer „Krise ohne Alternative“, die in der Endphase der Römischen Republik keinen Ansatz zur rettenden Systemmodifikation fand und auch keinen Weg zur Wiederherstellung des Alten wusste, entnehme ich Christian Meier: *Res publica amissa*. Eine Studie zu Verfassung und Geschichte der späten römischen Republik. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1997, S. 201-205.

27 Moritz Julius Bonn: *Spaniens Niedergang während der Preisrevolution des 16. Jahrhunderts*. Stuttgart 1896; ders.: *Die englische Kolonisation in Irland*. Stuttgart/ Berlin 1906.

mit Großbritannien, wo Teile seiner weitverzweigten Familie lebten, wurde durch die Heirat mit einer Engländerin weiter gefestigt, und sein durch den Kriegsausbruch zwangsverlängerter Aufenthalt in den Vereinigten Staaten (1914-1917) machte ihn zum hervorragenden Amerikakenner. Bonns Arbeiten zur internationalen Politik beschäftigen sich zwar mit nationalen Interessen und Machtpolitik, doch analysiert er diese als Faktoren des politischen Handelns, um sie zu rationalisieren und einzuhegen. Das markiert eine klare Differenz zum national ausgerichteten Liberalismus seiner Zeit, wie ihn beispielsweise in verschiedenen Stadien Max Weber oder Friedrich Naumann verkörperten.

Früh diagnostizierte er den unausweichlichen Untergang der Kolonialimperien, die sich auf Ausbeutung statt auf fairen Handel stützten.²⁸ Im eklatanten Widerspruch zu den zuhause vertretenen liberalen Selbstbestimmungsprinzipien verletzten die Kolonialmächte die politischen Rechte der indigenen Völker. Bonn kritisierte bereits im Jahr 1910 „eine Auffassung des sozialen Lebens [...], die man in Süd-Afrika gelegentlich als ‚parallele‘ bezeichnet, der ein Nebeneinanderleben und -arbeiten zweier Rassen entspricht, bei dem der Weiße eine Oberschicht, der Eingeborene und Farbige eine Unterschicht darstellen, ohne, daß eine der beiden Schichten die andere jemals kreuzt, oder mit ihr in Wettbewerb träte“.²⁹ Bonn griff die Verfechter imperialistischer Kolonialpolitik – mit stichhaltigen Argumenten – auf zwei Ebenen an: Zum einen verurteilte er den Umgang mit den beherrschten Volksgruppen, die in Abhängigkeit und Unmündigkeit gehalten würden. Zum anderen wies er nach, wie wenig rentabel der Raubbau an den Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen war, wenn er sich den Gesetzen des Marktes entzog. Überdies entlarvte er die deutsche Kolonialpropaganda vom Volk ohne Ausdehnungsmöglichkeiten, das den Platz an der Sonne auch durch koloniale Besiedlung einnehmen wollte, als Schimäre – de facto war das Deutsche Reich aufgrund seiner boomenden Wirtschaft schon lange zu einem Einwanderungsland geworden, dem Arbeitskräfte fehlten.³⁰

Bonns Analyse der internationalen Politik war von der Einsicht geleitet, dass das Zeitalter des Imperialismus unwiderruflich an ein Ende gelangen würde,

28 Zu Bonns Kritik des Kolonialismus vgl. die instruktive Studie von Rob Gordon: Moritz Bonn, *Southern Africa and the Critique of Colonialism*. In: *African Historical Review* 45 (2013), Heft 2, S. 1-30.

29 Moritz Julius Bonn: Siedlungsfragen und Eingeborenepolitik. Die Entstehung der Guts-herrschaft in Südafrika (I und II). In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 31 (1910), S. 383-420, 810-830, hier S. 830.

30 Siehe vor allem Moritz Julius Bonn: Die Neugestaltung unserer kolonialen Aufgaben. Fest-rede, gehalten bei der Akademischen Feier der Handelshochschule München anlässlich des 90. Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des Prinzregenten Luitpold von Bayern am Dienstag den 7. März 1911. Tübingen 1911; ders.: *Der moderne Imperialismus*. In: *Handelshochschule München (Hrsg.): Grundfragen der englischen Volkswirtschaft*. München/Leipzig 1913, S. 127-156.

nicht nur weil die Räume zur Ausdehnung fehlten, sondern weil die von den Europäern propagierten Werte von nationaler Selbstbestimmung auch den bis dato unterdrückten Völkern früher oder später zugestanden werden müssten. Mitte der 1920er Jahre formulierte Bonn die These von einem Zeitalter der „Gegenkolonisation“, die er auch unter dem Eindruck der expansiven späteren Achsenmächte Italien, Deutschland und Japan einerseits und der Sowjetunion andererseits aufrechterhielt. Die wichtigsten Gründe für eine solche Gegenkolonisation identifizierte Bonn im Verlust der europäischen Vormachtstellung, in einer „Revolution der Schuldnerländer gegen die Gläubigervölker“ sowie im Widerstand gegen den europäischen Kapitalismus, von dessen Dynamik der Bolschewismus profitiere, indem er „sich mit dem Islam [verbrüder]t, wenn es ihm zweckmäßig erscheint“, oder sich mit ihm eigentlich wessensfremden nationalen Strömungen verbinde. In den imperialistischen Ambitionen der neuen, aggressiven Mächte erkannte Bonn auf Homogenität zielende Ideologien, die ehemals wirksame kapitalistische Kolonialisierungslogiken hinter sich ließen.³¹

Den wichtigsten Impuls zu einer grundlegenden Änderung der internationalen Beziehungen sah Bonn von den Vereinigten Staaten von Amerika ausgehen, deren weltpolitisch dominante Rolle als Macht der Zukunft er immer wieder betonte. Zugleich wertete er den Aufstieg dieses demokratischen Hegemonen als große Chance, um vom machtpolitischen Kräfteressen zu einer auf Kooperation basierenden internationalen Ordnung zu gelangen. In seinen während des Ersten Weltkrieges (unter Bedingungen der Zensur) entstandenen Schriften „Amerika als Feind“ (1917) und „Was will Wilson?“ (1918) sowie in zahlreichen noch zur Zeit seines USA-Aufenthalts verfassten Artikeln wird Bonns Ringen um Verständigung deutlich; sein Ziel war ein Frieden ohne Sieger.³² Seinen amerikanischen Lesern versuchte er eine Dämonisierung Deutschlands auszutreiben, indem er deren Vorstellungen von monarchischer Autokratie mit dem Hinweis auf Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Reformen entkräftete.³³ In Deutschland wiederum warb er für die Modernität und die Vorteile demokratischer Regierung. Die Mittelmächte sollten zeigen, „daß sie nicht die Feinde der Demokratie“ seien, denn es wäre „mehr als töricht, die Schaffung von Einrichtungen, die Deutschland haben muß und haben will,

31 Siehe Moritz Julius Bonn: Die Gegenkolonisation. In: Die Neue Rundschau 37 (1926), S. 225-232, sowie ders.: Imperialism. In: Encyclopaedia of the Social Sciences. New York 1932, Vol. 7, S. 605-613.

32 Siehe Moritz Julius Bonn: Amerika als Feind. München/ Berlin 1917; ders.: Was will Wilson? München o.J. [1918].

33 Vgl. etwa Moritz Julius Bonn: International Understanding and International Cooperation. Speech Delivered before the German University League at its Anniversary Meeting at the Astor Gallery, Waldorf-Astoria Hotel, New York, October 30th, 1915. New York 1915, S. 11-15 [online: <http://archive.org/details/speechesbydrerne00germ>]; ders.: What would German Victory mean? In: Current History 5 (1916), October, S. 145-147.

deswegen aufzugeben oder zu verhindern, weil man sich vor dem Beifall Amerikas fürchtet“.³⁴

In prägnanten Formeln forderte Bonn eine Ablösung gewaltsamer „Herrschaftspolitik“ durch eine interessengeleitete „Handelspolitik“. Damit bewegte er sich in der Tradition eines Liberalismus, der von jeher im Ausbau von „commerce“ und globalen Märkten das beste Mittel internationaler Friedenssicherung sah.³⁵ „Die Aufgabe der Zukunft ist es, allen europäischen Völkern ein völkerwürdiges, menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen“, formulierte Bonn und stellte die Zielnorm eines „gerechten Friedens“ in den Mittelpunkt seiner Überlegungen zur internationalen Kooperation. Er hielt es für fatal und für eine politische Unklugheit ersten Ranges, die Schuldfrage zum alleinigen Kriterium für die Kriegslastenverteilung zu machen, obwohl er die Verfehlungen deutscher Kriegspolitik klar benannte. Aber Bonn priorisierte die wirtschaftliche Gesundung und die europäische Versöhnung, um künftig den Frieden zu sichern. Sünde und Schuld, Revanche und Ressentiment waren für ihn keine politischen Kategorien. Umso enttäuschter zeigte sich Bonn, dass der „Wilsonian Moment“ vorüberging und die alliierten Sieger die großen Grundsätze „sehr viel schneller vergessen, als wir sie lernen“.³⁶

Bonn forderte 1920 mit Nachdruck, dass die auswärtige Politik „parlamentarisiert“ werden und dass Deutschland nicht nur aus den nahe liegenden moralischen Gründen, sondern aus sachlicher Notwendigkeit internationale Zusammenarbeit suchen müsse: „Da das deutsche Volk andere Mittel nicht mehr besitzt, muß es seine und seiner Staatsmänner höchste Aufgabe sein, das Ideal der Gerechtigkeit mit geistigen Waffen zu verwirklichen. Das kann nur der tun, der sich bewußt auf den Standpunkt des Völkerbundes stellt und der der Hoffnung Ausdruck gibt, daß alles, was in der heutigen Ordnung unerträglich ist, mit Methoden geändert wird, die diesen Änderungen Dauer verleihen. Der Weg der Verhandlung mit einem übelwollenden Gegner ist ein steiler langwieriger Weg. Es ist der einzige, der zum Ziele führen kann. Alle anderen führen zum Selbstbetrug und enden in einem sich selbst zerstörenden Illusionismus.“³⁷

Bonn artikulierte seine Kritik an Versailles mit dem Hinweis auf universale Prinzipien und am Maßstab einer vermittelnden Vernunft. Ein nicht unbedeutender Schachzug von ihm war auch, die deutsche Übersetzung von John May-

34 Bonn, *Amerika als Feind* (wie Anm. 32), S. 107.

35 Vgl. vor allem Moritz Julius Bonn: *Herrschaftspolitik oder Handelspolitik*. München/Leipzig 1919.

36 Ders.: *Gerechtigkeit*. München 1919, S. 40.

37 Ders.: *Völkerbund und auswärtige Politik*, Gotha 1920, S. 26.

nard Keynes' Generalabrechnung mit dem Versailler Vertrag zu initiieren.³⁸ Bonn agierte von Beginn an als unbedingter Unterstützer der Weimarer Republik, trat vorbehaltlos für die Idee des Völkerbundes und die pragmatische, weil unausweichliche Akzeptanz der Friedensbedingungen ein, um deren Milderung man sich mit Hilfe einer klugen und ausgleichenden „piecemeal policy“ zu bemühen habe.

Bonns Konzeption verabschiedete den Machtstaatsgedanken des Kaiserreiches und strebte einen Paradigmenwechsel zur internationalen Kooperation an:

„Es gibt in Europa keine eigentlich souveränen Staaten mehr, wenn man unter Souveränität nicht nur das Recht versteht, eigenmächtig zu entscheiden, sondern auch die Fähigkeit, die Folgen dieser Entscheidung zu tragen, ganz einerlei nach welcher Seite sie gehen, ohne dabei in seinem Dasein bedroht oder vernichtet zu werden. In der praktischen Politik setzt sich das in der Form der Allianzen, Konferenzen und Organisationen wie dem Völkerbund durch. Die Wissenden sind sich längst darüber klar, dass es eine praktische Souveränität im alten Sinne des Wortes nicht mehr gibt; die Unwissenden aber – und sie sind die Mehrheit der Gegner der parlamentarischen Idee – glauben noch an nationale Allmacht und sehen in einer Regierung, die Kompromisse mit anderen nationalen Mächten schliesst [sic], Verräter am Wesen der Nation und damit des Staates.“³⁹

Es ist hier nicht der Ort, Bonns erstaunlicherweise kaum mehr erwähntes Hauptwerk „The Crumbling of Empire“ (1938) – gewissermaßen eine Globalgeschichte ökonomischer Entwicklungen in internationalen Machtbeziehungen – umfassend zu würdigen. Darin finden sich unter anderem zwei trefende Prognosen, die die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg vorwegnehmen. In der Hauptthese seines Buches erklärt Bonn *erstens* den Zerfall des britischen Weltreiches und das Ende des Kolonialismus für unausweichlich. „The world of today and perhaps of tomorrow“, schreibt Bonn *zweitens*, „is likely to be split into economic blocs, animated by divergent economic ideals and pursuing opposite political ends“.⁴⁰ In Bonns Interpretation der „Interwar Era“ bedeuteten die bolschewistische, nationalsozialistische und faschistische Abschießung vom Weltmarkt und das damit verbundene Autarkiestreben einen gefährlichen Rückfall hinter bereits erreichte pazifizierende Formen der Han-

38 Vgl. Bonn, *Gerechtigkeit* (wie Anm. 36), sowie John Maynard Keynes: *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*. München 1920. Zu Keynes' wesentlichen Argumenten zählte, dass der Vertrag die ökonomische Einheit Europas missachte, dass die Bestimmungen der Alliierten auf Revanchismus beruhten und dass die Forderungen ökonomisch und finanziell nicht zu erfüllen waren. Vgl. dazu auch Charles H. Hession: *John Maynard Keynes*. Stuttgart 1986, S. 193-243.

39 Moritz Julius Bonn: *Die Krise des Parlamentarismus*. In: *Interparlamentarische Union* (Hrsg.): *Die gegenwärtige Entwicklung des repräsentativen Systems. Fünf Antworten auf eine Rundfrage der Interparlamentarischen Union*. Berlin 1928, S. 95-106, hier S. 97.

40 Moritz Julius Bonn: *The Crumbling of Empire. The Disintegration of World Economy*. London 1938, S. 10.

delspolitik. Überdies habe der Nationalsozialismus in Deutschland diejenigen irrationalen, antiuniversalistischen und gleichzeitig antihumanistischen Kräfte zur Geltung gebracht, die der Kultur des Westens entgegenstehen.⁴¹

Bonn plädierte für ein Europa, das sich aus ökonomischen, sicherheitspolitischen und nicht zuletzt aus wertegeleiteten Gründen föderativ organisieren sollte. Das war zum einen die Lehre aus der Katastrophe des Ersten Weltkrieges, zum anderen entsprach diese Einschätzung dem Bedeutungsverlust der alten Welt im Zuge der „Gegenkolonisation“, die für ihn bereits mit der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm. Ebenso wie in Nordamerika würden die europäischen Mächte, allen voran das British Empire, ihre Dominanz über die weiten Erdteile nicht aufrechterhalten können, auch aus ethischen Gründen: „The simple faith that might is right is gone. Economic domination is quite as bad as political domination.“ Bonn hegte aber die Hoffnung, dass die Verfechter der westlichen Ideen standhaft genug seien, um dem anmaßenden Anspruch der totalitären Mächte mit Selbstbewusstsein entgegen zu treten.⁴² In den Schriften der 1930/40er Jahre befasste sich Bonn mit der doppelten Herausforderung des Westens, einerseits einen friedlichen Übergang in eine postkoloniale Welt zu ermöglichen und den unterdrückten Völkern den Weg in die politische und ökonomische Selbstständigkeit zu ebnen, andererseits den neuen totalitären Mächten mit Entschlossenheit zu begegnen. Bonn präfigurierte damit Positionen, die auch den Problemhorizont des Kalten Krieges bestimmen sollten.

Seine frühe Auseinandersetzung mit Faschismus und Bolschewismus in den 1920er Jahren zeigen auch, dass Bonn zu denjenigen liberalen Intellektuellen gehörte, die in der Theorie und Herrschaft der Gewalt, in der Militanz und in der Feindschaft zum parlamentarischen Rechtsstaat die entscheidenden Parallelen von Links- und Rechtsradikalismus sahen.⁴³ Ferner einte die totalitären Regime ein jeweils unterschiedlich ausgeprägter Kollektivismus, Planwirtschaft, ein Ideal der wirtschaftlichen Autarkie und außenpolitische Unberechenbarkeit. In Bonns Analyse dieser neuen Formen der revolutionär und ideologisch legitimierten Parteidiktatur lässt sich bereits eine Frühform der Totalitarismustheorie erkennen, die für das Mindset der Cold War Liberals prägend wurde. Immerhin verwandte Bonn den Begriff des Totalitarismus in systematischer Absicht schon lange vor Carl J. Friedrichs und Hannah Arendts

41 Siehe ebenda, S. 177-180.

42 Ebenda, S. 417.

43 Siehe vor allem Bonn, Die Krisis der europäischen Demokratie (wie Anm. 11), S. 41-80; ders.: Schlusswort. In: Carl Landauer/ Hans Honegger (Hrsg.): Internationaler Faschismus. Beiträge über Wesen und Stand der faschistischen Bewegung und über den Ursprung ihrer leitenden Ideen und Triebkräfte. Karlsruhe 1928, S. 127-150.

bahnbrechenden theoretischen Begründungen in den 1940/50er Jahren.⁴⁴ Bereits 1938 beschrieb Bonn die Sowjetunion, die NS-Diktatur und das faschistische Italien als „totalitarian single-party states“,⁴⁵ die Terror, Repression und Willkür übten; überdies machte er sich keine Illusionen über die staatlich geplanten und subventionierten Rüstungsanstrengungen, die auf Kriegführung angelegt waren. Mit totalitären Staaten konnte es keinen Ausgleich und keinen Kompromiss geben, denn: „Peaceful federation depends on far-reaching like-mindedness between possible partners.“⁴⁶ Jede Form der Appeasementpolitik gegenüber totalitären Staaten lehnte Bonn aus naheliegenden Gründen ab und ging mit der britischen Politik der 1930er Jahre hart ins Gericht. Wie ernst es ihm mit seinem Engagement gegen Nazi-Deutschland war, beweist sein geheimes Wirken als „agent of influence“ für die Londoner Regierung: Offiziell als Gastprofessor seit 1939 in den Vereinigten Staaten sollte Bonn seine guten Kontakte in Washington und New York nutzen, um die amerikanischen Eliten vom Kriegseintritt zu überzeugen und eine „partnership on equal terms“ herzustellen.⁴⁷ „Militarist governments do not believe in compromise; for the core of the militarist creed is blind faith in fear and coercion“, formulierte Bonn, und er sollte diese entschiedene Haltung im Kern auch nach 1945 gegenüber der Sowjetunion bewahren.⁴⁸

In der sich abzeichnenden Blockkonfrontation fiel es Bonn leicht, sich in die vorherrschenden Konfliktstrategien hineinzudenken. In gewisser Weise erfüllte sich in den westeuropäischen Integrationsbestrebungen, die unter dem Druck äußerer Bedrohung besser gediehen als in der multipolaren Welt der Zwischenkriegszeit, eine Entwicklung, die sich Bonn schon für die 1920er Jahre gewünscht hätte: der pragmatische und interessengeleitete Ausbau von föderativen Strukturen, Marktbeziehungen und Verteidigungsanstrengungen unter dem Schuttschirm der USA. Bonn warb für die Vorteile europäischer Integration: „To the Germans union is to bring military security and political and economic equality. [...] To the French unity is a jacket which will keep Germany straight; a constitutional bond which will tie Germany as an equal

44 Siehe auch Moritz Julius Bonn: *The Economics of the Totalitarian States*. In: *Proceedings of the American Philosophical Society* 82 (1940), No. 1, S. 77-87; ders.: *The Economic Roots of Totalitarianism*. In: Ders./Robert M. MacIver/Ralph Barton Perry: *The Roots of Totalitarianism* (Addresses delivered at a meeting of The American Academy of Political and Social Science, November 18, 1939). Philadelphia 1940, S. 9-19.

45 Bonn, *The Crumbling of Empire* (wie Anm. 40), S. 263.

46 Ebd., S. 9.

47 Dieses von Bonn in seinen Memoiren verschwiegene Engagement ist englischen Geheimdienstakten zu entnehmen. Siehe dazu die verdienstvolle Arbeit von Clavin, A. ‚Wandering Scholar‘ in Britain and the USA (wie Anm. 10), S. 33-36.

48 Bonn, *The Crumbling of Empire* (wie Anm. 40), S. 418.

partner, subject to the votes of her associates.”⁴⁹ Bonn sah einen europäischen Patriotismus oder eine gemeinsame kulturelle Identität allenfalls als ein wünschbares Ergebnis eines langwierigen Integrationsprozesses, keineswegs als Voraussetzung. Die Notwendigkeit, nationalstaatliche Souveränität aufzugeben, war ihm aus militärischen und ökonomischen Gründen ohnehin evident. Anstatt sich Phantasien vom europäischen Superstaat hinzugeben, hielt er die „United Nations of Europe“ für ein wünschenswertes, aber eben auch realisierbares Projekt.⁵⁰

b) Ökonomie und Politik

Moritz Julius Bonn war kein liberaler Dogmatiker. Anders als Ludwig von Mises war es nie sein Bestreben, die Grundsätze einer „reinen“ Lehre des Liberalismus auf Ökonomie und Politik gleichermaßen zu übertragen.⁵¹ Weder als Nationalökonom noch als politischer Denker hatte er die Ambition, eine systematische Theorie zu entwickeln. Bonns Ansatz war der eines problembezogenen, interventionistischen und eklektizistisch operierenden Intellektuellen, der situationsspezifische Lösungen suchte und sich dabei von einigen normativen Grundsätzen und den Tugenden des Skeptikers leiten ließ – Vorsicht, Abwägung, kleine Schritte, realistische Zielsetzung. Auch als Ökonom widersprach er Rathenaus Diktum, dass die Wirtschaft „unser Schicksal“ sei; für Bonn stand die Politik, d.h. die politische Verantwortung und der politische Gestaltungswille, an erster Stelle. „Die Organisation des Wirtschaftslebens als solche ist nur ein Mittel zur Freiheit, nicht Inhalt der Freiheit“, schrieb Bonn. Jede Epoche, jede Stufe der sozioökonomischen Entwicklung stellte seiner Ansicht zufolge eine neue Herausforderung dar, „die Frage des Schutzes der persönlichen Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiet mit neuen Methoden“ zu lösen. Bonn blieb aber der Auffassung, dass „ohne wirtschaftliche Freiheit [...] wirkliche persönliche Freiheit unmöglich“ sei.⁵² Der Blick in die Vereinigten Staaten überzeugte ihn davon, dass der „Kapitalismus als soziales System“ allen anderen überlegen bleibe, solange er in der Lage sei, alle sozialen Gruppen dauerhaft am Wohlstand zu beteiligen.⁵³ Um dies zu gewährleisten, plä-

49 Moritz Julius Bonn: *Whither Europe – Union or Partnership?* London 1952, S. 11. Bonn wies frühzeitig auf die wichtige Rolle Westdeutschlands im sich formierenden atlantischen Bündnis hin. Siehe dazu Moritz Julius Bonn: *Bollwerk des Abendlandes. Vom Kampf gegen den Kommunismus wissen die Deutschen mehr als die Alliierten.* In: *Diplomatisches Bulletin* 22 (1950), 1. Oktoberheft, S. 112.

50 Bonn, *Whither Europe* (wie Anm. 49), S. 9 f.

51 Vgl. etwa Ludwig von Mises: *Liberalismus.* Jena 1927.

52 Moritz Julius Bonn: *Die Zukunft des deutschen Liberalismus.* In: *Europäische Revue* 2 (1926), S. 260-268, hier S. 263 f.

53 Vgl. Bonn, *Geld und Geist* (wie Anm. 12), S. 94-98.

dierte Bonn für eine faire Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie im Sinne sozialer Reformanstrengungen, die die Rechte der Arbeitnehmer sicherten.⁵⁴

Mit den Vordenkern des für die Bundesrepublik prägenden Ordoliberalismus, insbesondere mit Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow, stand Bonn seit den 1920er Jahren in Verbindung. Auch Bonn kritisierte die Staatsferne des klassischen Liberalismus und wusste als Praktiker um die Notwendigkeit einer lenkenden und gestaltenden Wirtschaftspolitik, die eben nicht alles dem Markt überlassen könne. Ganz ähnlich wie die Ordoliberalen erblickte auch Bonn im Aufkommen von Monopolen und Trusts eine wesentliche Gefährdung des Wirtschaftslebens. Als bekennender Liberaler sah Bonn ein, dass es keinen Weg zurück zur Ideologie eines *laissez faire* geben konnte: „In einem Zeitalter des Monopols kann das freie Spiel der Kräfte nicht wirken. Die Voraussetzung staatlicher Nichteinmischung besteht also nicht länger.“⁵⁵ Bonn ging es „um das alte Grundproblem der menschlichen Freiheit“, und deshalb stand er „neuen Forderungen der Dezentralisation“ und der „wirtschaftlichen Selbstverwaltung“ offen gegenüber, solange sie einem politisch, d.h. parlamentarisch artikulierten Gemeinschaftswillen entsprachen.⁵⁶ Er setzte allerdings nicht in erster Linie auf die Interventionsmacht des Staates, die einige spätere Ordoliberale dazu brachte, mit autoritären Staatsmodellen zu liebäugeln, sondern plädierte für eine Suprematie politischer Vernunft und die Entflechtung von Ökonomie und Politik: Wirtschaftsführer sollten keinesfalls politische Richtlinien bestimmen, umgekehrt seien wirtschaftspolitische Entscheidungen demokratisch zu legitimieren und zu verantworten.

Charakteristisch für Bonns Analyse der Weimarer Politik war seine Warnung vor wirtschaftlicher Gruppenbildung oder – wie man heute formulieren würde – korporatistischer Interessenkonzentration. Weit vor Theodor Eschenburg, dessen Schrift über die Herrschaft der Verbände im Jahr 1955 ein vermeintlich neuartiges Phänomen thematisierte, kritisierte Bonn die Art und Weise, wie sich die Wirtschaftsverbände der demokratischen Kontrolle und dem Einfluss der Politik weitgehend zu entziehen suchten.⁵⁷ Bonn wandte sich gegen eine Entpolitisierung der Wirtschaft, die sich aus seiner Perspektive auch in den verbreiteten ständestaatlichen Tendenzen zeigte. Seine Sorge galt dem

54 Vgl. dazu auch die Würdigung seines Lehrers Lujo Brentano in Moritz Julius Bonn: Geleitwort: Lujo Brentano als Wirtschaftspolitik. In: Ders./ Melchior Palyi (Hrsg.), Festgabe für Lujo Brentano (wie Anm. 8), S. 1-10.

55 Moritz Julius Bonn: Die Auflösung des modernen Staats. Berlin 1921, S. 36-38.

56 Ebenda, S. 44.

57 Vgl. Theodor Eschenburg: Herrschaft der Verbände? Stuttgart 1955. – Bonn selbst wies rückblickend auf seine Kritik an der berufsständischen Demokratie während der Weimarer Republik hin: „Die deutsche Demokratie ist eine Demokratie der Verbände, die deutsche Republik ist eine Republik der Syndici“, schrieb ich vor gerade 25 Jahren.“ (Moritz Julius Bonn: Festrede in der Berliner Handelshochschule, 1949, Manuskript, 26 Seiten, Bundesarchiv Koblenz NL 1082/11 a, hier S. 10.).

Gebaren der Wirtschaftsverbände, deren Strategie darin bestehe, fundamentale Fragen der Wirtschaftsordnung einer öffentlichen Diskussion zu entziehen und somit unzulässige Entscheidungsinstanzen neben der Staatsgewalt und den parlamentarischen Gremien zu schaffen.

c) Parlamentarische Demokratie und politische Kultur

Moritz Julius Bonn hielt zeitlebens unbeirrt an den geistigen Grundlagen der liberalen Demokratie fest. Sein angelsächsisch geprägtes Demokratieverständnis ließ keinen Zweifel daran, dass zu den Bedingungen einer freien Gesellschaft Chancengleichheit, Wettbewerb und die Geltung der Menschenrechte ebenso gehören wie Minderheitenschutz, „sozialer Pluralismus“ und Rechtsstaatlichkeit. „Gleichwertigkeit ohne Gleichartigkeit“ lautete die Formel, mit der Bonn den neuen Ideologen von Klassen- und Rassenunterschieden entgegenzutreten wollte.⁵⁸ Bonn betonte, „daß Demokratie ein Zustand ist, in dem der Willen des Volkes sich auf mittelbare Weise vollzieht, nicht, in dem jeder berät und mittut, – das ist urgemeindlicher Dilettantismus – sondern indem sie die Vollstrecker ihres Willens verantwortlich macht. Der Staat ist eine Organisation zum Handeln. Erfüllt er diese Funktion nicht, oder nur mangelhaft, so tritt Mißtrauen, Ablehnung und Feindschaft gegen den Staat ein.“⁵⁹ Mit dieser Beschreibung pragmatisierte Bonn den Staatsbegriff, indem er mythische Staatsvorstellungen verabschiedete, und verpflichtete den Staat darauf, eine Agentur für die Umsetzung des Gemeinwillens zu sein. Politisches Handeln sei, so Bonns ungebrochene Auffassung, innerhalb des parlamentarischen Systems immer noch möglich, ja die parlamentarische Demokratie bringe die besten Voraussetzungen dafür mit, zu rationalen und angemessenen politischen Entscheidungen zu gelangen. Ausdrücklich blieb Bonn gegen alle Kritik der Auffassung treu, dass der Parlamentarismus auch unter den Bedingungen der modernen „Massendemokratie“ gelingen kann.

Denn so selbstverständlich Bonns liberales Credo in späteren Zeiten klingt, so wenig war anscheinend seinen zeitgenössischen Weggefährten bewusst, dass normative Kernfragen im liberalen Selbstverständnis berührt wurden, sobald bürgerliche, soziale und parlamentarische Rechte auch nur im geringsten zur Disposition standen. Schon für seine Zeit hatte Bonn das Problem des Liberalismus darin erkannt, dass dessen Ideale und Ideen weniger originell erscheinen als die Radikalismen seiner Antagonisten. Das normative Gerüst des Liberalismus, das Bonns Gedankenwelt prägte, erschien zugleich klar und be-

58 Bonn, Die Krisis der europäischen Demokratie (wie Anm. 11), S. 150. Bonns politische Vorstellungen habe ich ausführlicher behandelt in Hacke, Moritz Julius Bonn (wie Anm. 10).

59 Siehe Bonn, Die Auflösung des modernen Staates (wie Anm. 55), S. 23.

scheiden in der theoretischen Orientierung an den freiheitlichen Werten, aber anspruchsvoll in der praktischen tagespolitischen Anwendung. Bonn sympathisierte mit Thomas Jefferson,

„der es nicht als Teil seiner Aufgabe betrachtet[e], neue Ideen zu erfinden oder Gefühle auszudrücken, die noch niemand vorher ausgesprochen habe. [...] Nicht was ein großer Denker den Menschen als abstraktes Ergebnis seines Sinnens vorträgt, sondern das, was sie lebendig selbst in ihrer Seele fühlen und verstehen, wann es einer der Ihren in Worte kleidet, gibt ihnen die Kraft zum Handeln. Und solche Selbstverständlichkeiten, weil es eben Selbstverständlichkeiten sind, werden in ihnen immer neuen Widerhall finden, wenn das bedroht ist, was den Menschen das Leben schließlich doch lebenswert erscheinen lässt: das Recht auf Leben und Freiheit und das Suchen nach Glück.“⁶⁰

Die Konsequenz, die Bonn aus der Krise der liberalen Demokratie in der Zwischenkriegszeit zog, bestand in einer Zuspitzung seiner skeptischen Position. In seiner Reflexion über „Limits and Limitations of Democracy“ (1938) tritt er für eine wehrhafte Demokratie ein, die offensiv ihre Werte verteidigt: „No political system can endure whose members have not an ardent faith in its superiority to other systems. [...] The truth must be faced, however unpleasant it may be. Democracy cannot get over its limitations by merely asking for toleration of its mild creed from those who flatly deny the creed, and the need for toleration.“⁶¹

Es ist charakteristisch für Bonn, dass seine intellektuellen Interventionen verschiedenen Registern angehörten. Nicht selten kamen sich der abgeklärte ökonomische Pragmatiker und der überzeugte liberale Demokrat in die Quere. Wenn Bonn in der Endphase der Weimarer Republik soziologisch informiert den Radikalismus in der Jugend und den allgemeinen Zerfall einer politischen Kultur beklagte, so hoffte er als „political adviser“ und Finanzexperte gleichzeitig darauf, an der öffentlichen Meinung vorbei durch kluge Verhandlungsführung in der Reparationsfrage sowie durch ein geschicktes Manövrieren in der Wirtschaftskrise die nötigen Spielräume zu erkämpfen, die auch die allgemeine und ökonomische Lage wieder entspannen würden. Der Widerspruch zwischen dem pragmatisch-realistischen Ökonomen, der in der Rolle des Experten für eine vernünftige Politik sorgen wollte, und dem moralischen Erzieher zur Demokratie, der für die Mündigkeit und Selbstverantwortung des Bürgers stritt, zieht sich durch Bonns gesamtes Werk. Darin zeigte sich auch die Schwierigkeit, die ökonomischen Argumente und Handlungsoptionen ange-

60 Moritz Julius Bonn: Zum 150. Jubiläum der Unabhängigkeitserklärung. In: Frankfurter Zeitung, 4.7.1926.

61 Moritz Julius Bonn: Limits and Limitations of Democracy. In: Ernest Simon u.a.: Constructive Democracy. London 1938, S. 215-247, hier S. 246.

messen im politischen Diskurs zu verankern – ein Problem, das Bonn später intensiv reflektierte.⁶²

So blieb auch Bonns Beurteilung der frühen Bundesrepublik gespalten, nicht zuletzt weil er sich nicht von den Weimarer Erfahrungen lösen konnte. Zum einen verurteilte er – trotz Zustimmung in der Sache – Adenauers autoritären Führungsstil, dessen Folgen für die politische Kultur der Bundesrepublik er verheerend fand. Zum anderen blickte er mit Wohlwollen auf die ökonomische Entwicklung, die dem jungen Staat Stabilität und Legitimation verschaffte, und billigte der Bonner Republik eine Schlüsselstellung im westlichen Bündnis zu.⁶³

Schlussbemerkung

Es lässt sich darüber streiten, ob die Ideengeschichte des Liberalismus in Form von Etappen allmählicher Lernerfahrungen nachvollzogen werden kann. Neutralere könnte man von Anpassungen an sozialen Wandel und neue Realitäten sprechen, welche das Festhalten an bestimmten normativen Kernelementen ermöglicht und zugleich neue Problemfelder erfassbar und theoretisierbar macht, um den Liberalismus politisch lebendig zu halten. Intellektuelle wie Bonn, die im positiven Sinne als „secondhand dealers in ideas“ (Hayek) zu verstehen sind,⁶⁴ weil für sie die Anwendbarkeit – nicht unbedingt die Originalität – von Ideen im Vordergrund steht, geben uns Aufschluss über die ideelle Flexibilität und Gewichtsverschiebungen des Liberalismus im 20. Jahrhundert.

Bonn, dessen geistige Prägungen aus dem 19. Jahrhundert stammten, verkörperte in Deutschland den seltenen Fall eines Liberalen, der sich immun gegen den Nationalismus seiner Zeit zeigte. Gerade in den Jahren der Weimarer Republik machte es größte Schwierigkeiten, ein einigermaßen konsistentes Verständnis von einem politischen Liberalismus zu gewinnen. Im Gefolge des überkommenen Honoratiorenliberalismus dominierten das Nationale, das

62 Siehe vor allem Moritz Julius Bonn: Does Political Economy build Cultural Bridges? In: Lyman Bryson/ Louis Finkelstein/ R.M. MacIver (Hrsg.): Approaches to Group Understanding. Sixth Symposium. New York 1947, S. 218-236.

63 Vgl. Moritz Julius Bonn: Betrachtungen eines Nichttheingekehrten. Zur äußeren und inneren Lage Deutschlands. In: Merkur 7 (1953), S. 701-720; ders.: The Future of German Democracy. An Assessment of Current German Trends and their Significance. In: Westminster Bank Review, May 1956, S. 6-9.

64 Friedrich August Hayek: The Intellectuals and Socialism. In: University of Chicago Law Review 16 (1949), S. 417-433. In der deutschen Übersetzung ist vom „entscheidenden Einfluß der berufsmäßigen Ideenvermittler“ die Rede. (F.A. Hayek, Die Intellektuellen und der Sozialismus. In: Schweizer Monatshefte 31 [1949], S. 273-286, hier S. 273) Hayek hat in erster Linie die engagierten sozialistischen Intellektuellen im Blick; mir kommt es hingegen auf die Anwendungsorientierung des Intellektuellen an, die bei Liberalen wie M.J. Bonn, R. Aron, R. Dahrendorf oder F.A. Hayek den Originalitätsanspruch überwiegt.

Bourgeois-Industrielle und das „Gutbürgerliche“ die freiheitlichen, aufklärerischen und demokratischen Elemente innerhalb des liberalen Lagers. Bonns Bestimmung des Politischen schuf in dieser unübersichtlichen Lage zumindest intellektuell Klarheit und bot einen Entwurf des Liberalismus, der sich sowohl als Anschluss an die „Demokratien des Westens“ verstand als auch eine Öffnung zu neuen Methoden bürgerlichen Regierens eröffnen wollte. Die Klarheit seiner Argumentation verdankte sich auch der harten Auseinandersetzung mit den neuen totalitären Ideologien, gegen die er auf Seiten der parlamentarischen Demokratie kämpfte. Im intellektuellen Engagement Bonns lässt sich stellvertretend die Wende des liberalen Denkens vom Fortschrittsoptimismus zur Skepsis erkennen.⁶⁵ Diese skeptische Wende bezeichnete keine Resignation, aber die politischen Krisen verursachten eine tiefe Erschütterung des zivilisatorischen Vertrauens in den Fortschritt, das bis dato weite Teile des liberalen Selbstbewusstseins geprägt hatte. Nicht mehr allein Emanzipation und Freiheit oder auf der anderen Seite Max Webers Desillusionsrealismus angesichts einer durchrationalisierten entzauberten Moderne waren die Alternativen, die zur Wahl standen, sondern eine kämpferische Behauptung ideeller und institutioneller Errungenschaften gegen neue Gegner. Insofern waren die Konzepte einer „militant democracy“ (so die bekannt gewordene Formel von Karl Loewenstein) ein Produkt der Zwischenkriegsepoche.⁶⁶ Die Verteidigungsbereitschaft richtete sich sowohl gegen die inneren als auch gegen die äußeren Feinde.

Bonn war fern davon, die Geschichte des liberalen Westens zu mythisieren. Seine frühzeitige Beschäftigung mit der Hinterlassenschaft des Hochimperialismus, die in eine scharfe Kritik europäischer Kolonialpolitik mündete, arbeitete die moralischen Doppelstandards liberaler Gesellschaften heraus, die unterdrückten Völkern jene Freiheitsrechte verwehrten, die im Mutterland propagiert wurden. Die komplexe Problemanalyse des internationalen Systems, die Bonn in den 1920/30er Jahren vorlegte, setzte das Ziel, die Sackgasse imperialistischer Politik zu verlassen und Wege in eine postkoloniale Welt aufzuzeigen – aus moralischen, ökonomischen und politischen Gründen, die einen Niedergang des Kolonialregimes aus seiner Sicht ohnehin unausweichlich machten.

Es ist an der Zeit, diesen vielseitigen Denker neu zu entdecken, dessen langes Wirken knapp sieben Jahrzehnte umfasst, der als kosmopolitischer Liberaler die Verständigung zwischen angelsächsischen und deutschen Traditionen suchte. Die Beschäftigung mit Moritz Julius Bonn zeigt auch, wie sehr die Problemlagen der Welt nach 1945 noch mit den problematischen Konstellationen

65 Siehe Jens Hacke: Wende zur Skepsis. Liberale Ideenverteidigung in der Krise der Zwischenkriegszeit. In: Zeitschrift für Ideengeschichte 7 (2013), Heft 2, S. 35-52.

66 Karl Loewenstein: Militant Democracy and Fundamental Rights (I + II). In: American Political Science Review 31 (1937), S. 417-432, 638-658.

tionen der Zwischenkriegszeit zusammenhängen. Zudem vermittelte Bonn frühzeitig die Einsicht, dass in einer globalisierten Welt Ökonomie, internationale Beziehungen und die Fragen des politischen Systems nicht mehr unabhängig voneinander zu denken und zu verstehen sind.